



BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN Mai 2007

+++ Inhalt: Kohleboom trotz Klimakollaps, S. 1 +++ Biomasse in NRW, S. 3 +++ Neun Jahre Landesvorsitzender: Klaus Brunsmeier, S. 4 +++ Weißstörche an der Sieg, S. 6 +++ BUND-Land in Lüdinghausen, S. 6 +++ Traumhaus im Grünen fördert Flächenfraß, S. 7 +++ Australischer Giftmüll in NRW S. 8 +++

Klimawandel - war da was? Obwohl landauf-landab der menschengemachte Klimawandel die öffentliche Diskussion prägt, planen oder bauen RWE, E.on und Co. allein in Nordrhein-Westfalen 12 neue Kohle befeuerte Klimakiller-Kraftwerke. Ob in Datteln, Herne, Lünen, Krefeld oder Grevenbroich - überall macht der BUND gegen dieses fatale Neubauprogramm mobil und propagiert klimafreundliche Alternativen. Denn: Würden alle diese Kraftwerke realisiert, wäre damit ein jährlicher Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid von etwa 70

Millionen Tonnen verbunden - und das für 40 bis 50 Jahre. Alle hiesigen Bemühungen zum Klimaschutz würden dadurch konterkariert. Wissenschaftlicher haben errechnet, dass die kraftwerksbedingten CO₂-

NRW-Kraftwerksneubauprogramm heizt dem Klima ein Kohleboom trotz Klimakollaps

Emissionen bis zur Mitte des Jahrhunderts von heute jährlich etwa 300 Millionen Tonnen auf maximal 45 Mio. t/a reduziert werden müssen, um das erklärte Ziel einer maximal tolerierbaren Erwärmung der Erde um 2°C zu erreichen. Wegen des altersbedingt notwendigen Ersatzes von Altkraftwerken haben wir jetzt die Chance, einen zukunftsfähigen Energiepfad zu beschreiten. Doch diese Chance droht durch den aktuellen Kohleboom zunichte gemacht zu werden. Im Folgenden dokumentieren wir einige Beispiele.

Wildwest in Datteln

In Datteln will der Energiemulti E.on ein Steinkohlekraftwerk mit einer elektrischen Leistung von 1.100 Megawatt bauen. Mit einem jährlichen Ausstoß von bis zu 8,5 Mio. t Kohlendioxid würde dieses Kraftwerk zu den negativen Top Ten der größten deutschen Klimakiller-Kraftwerke aufschließen. Die Bevölkerung hätte zudem unter zusätzlichen Immissionen von gesundheitsschädlichen Feinstäuben, Quecksilber und anderen Schwermetallen zu leiden. Der

geplante Kühlturm wäre mit 180 m deutlich höher als der Kölner Dom (157m). Zwar hatte der BUND, vertreten durch die Sprecherin der Kreisgruppe Recklinghausen Claudia Baitinger, im laufenden Genehmigungsverfahren bereits durch hartnäckigen Widerstand die Mitverfeuerung von jährlich bis zu 600.000 t Abfall („Kronocarb“) verhindern können, doch Anfang 2007 begann E.on nach Erteilung einer 1. Teilgenehmigung mit der Errichtung der Baustelle. Damit verbunden ist die Zerstörung von mehr als 60 ha Natur-, Landschaft und Boden, einer Waldfläche sowie eines geschützten Biotops.

Grund genug für den BUND, um auf Initiative von Thomas Krämerkämper per Eilantrag beim Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster einen Baustopp zu beantragen. Das OVG folgte dem Antrag, setzte die aufschiebende Wirkung des BUND-Widerspruchs



Gemeinsam für den Klimaschutz : Die BUND-Bundesvorsitzende Dr. Angelika Zahrt und BUND-Landeschef Klaus Brunsmeier protestieren vor dem Düsseldorfer Landtag gemeinsam mit BUND-Aktivisten gegen die Kohlevorrangpolitik in NRW.

Foto: D. Jansen

gegen die 1. Teilgenehmigung wieder in Kraft und legte die Bauarbeiten auf Eis.

Als sich die örtlichen BUND-Aktivisten von der Einhaltung des gerichtlich verfügten Baustopps überzeugen wollten, kam es dann zum Eklat: Ein im Auftrag der E.on tätiger Werkschützer griff ein BUND-Mitglied tätlich an, was ihm prompt eine Strafanzeige wegen Körperverletzung einhandelte. Am folgenden Tag kam es trotz alarmierender Zeitungsschlagzeilen (die tageszeitung: „E.on boxt sich durch“) erneut zu einem ähnlichen Zwischenfall.

Trotzdem hob das Oberverwaltungsgericht in der Folge nach sechsstündiger Verhandlung mit dem BUND-Landesvorsitzenden Klaus Brunsmeier den Baustopp vorerst wieder auf. Letztlich entscheidend sei, so das Gericht, dass die Firma E.on in dem Erörterungstermin die Verpflichtung übernommen habe, für den Fall, dass die Genehmigung für das neue Kraftwerk endgültig nicht erteilt oder aufgehoben werde, das bis dahin in Anspruch genommene Gelände wieder herzustellen und dabei den früheren, gerodeten Baumbestand zu verdoppeln. Die Entscheidung im Eilverfahren steht allerdings weiterhin aus. Es bleibt also spannend.

Nacht- und Nebelaktionen in Herne

Inmitten eines der am dichtesten besiedelten und am höchsten belasteten Gebiete Europas soll das existierende Steag-Kraftwerk Herne um einen mit 700 MW elektrischer Leistung geplanten Block 5 erweitert werden - ein energie- und umweltpolitischer Offenbarungseid sondergleichen.

Mehr Infos zu allen Kraftwerksprojekten:

www.bund-nrw.de/kohlekraftwerke.htm



Im Klammergriff des E.on-Sicherheitsdienstes: BUND-Aktivist Norbert Hiedl.

Foto: BUND

der Öffentlichkeit und betroffenen Bürgern vorbei durchgedrückt werden soll. Die Geheimhaltungsstrategie der Arnberger Genehmigungsbehörde gipfelte Mitte Januar im nur spärlich besuchten Erörterungstermin: Obwohl von den BUND-Vertretern auf ihr schwerwiegendes Informationsversäumnis hingewiesen, behaupteten die Behörden-Vertreter wahrheitswidrig, dass „die ordnungsgemäß erfolgte Bekanntmachung“ in allen im Untersuchungsgebiet liegenden Gemeinden in der örtlichen Tagespresse erfolgt sei und dass alle diese Bürger zeitnah und frühest möglich alle notwendigen Informationen erhalten hätten.

Das auf dem Steag-Gelände - nur ca. 200 m von der Recklinghäuser Stadtgrenze entfernt - geplante Vorhaben wird die Region mit weiteren Kohlelagern und einem 180 m hohen, 67 m breiten Kühlturm, über den auch sämtliche Abgase in Form feinsten staubbelasteter Nebeltröpfchen (Aerosole) lungengängig abgeleitet werden sollen, weiter über die Maßen belasten. „Vorsorglich“ fehlt in den Genehmigungsunterlagen die für solche Vorhaben zwingend vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Die Bezirksregierung verneint sogar die UVP-Relevanz, da die Belastungen, die vom Vorhaben insgesamt ausgehen, irrelevant seien.

Inzwischen erkundigen sich aufmerksame Umweltschützer deutschlandweit nach dem Bau des Herner Kraftwerks, denn die Steag versucht derzeit, das nötige „Kleingeld“ für den Bau durch Verkauf von Stromoptionen einzusammeln. Für die Region würde das bedeuten: In Gütersloh und Augsburg beispielsweise flösse dann der „saubere“ Herner Strom aus den Steckdosen, der Kraftwerksdreck bliebe hier. Das, so die Taktik, fiele nicht weiter ins Gewicht, weil die Belastungen in der Emscherregion sowieso hoch sind. Als hätten die Menschen im Recklinghäuser Süden durch jahrhundert lange Selektion eine Art Immunität gegen Umweltverschmutzung entwickelt.

Düsseldorf: Zurück in die Zukunft

Bislang werden die etwa 570.000 Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger sowie der dort ansässige Handel und das Gewerbe vorwiegend aus einem modernen Gaskraftwerk mit Strom versorgt. 15 % der Haushalte beziehen aus der ausgekoppelten Prozesswärme zudem Fernwärme. Das Gaskraftwerk war noch unter rot-grüner Ratsmehrheit realisiert worden; es ersetzte alte Kohlekraftwerksblöcke.

Mit der schwarz-gelben Ratsmehrheit begann dann der Ausverkauf: Gegen den Willen der Bevölkerung verscherbelte Oberbürgermeister Joachim Erwin die

Offenbar ahnte man in Politik und Wirtschaft, dass dieser Kraftwerksbau nur noch schwer zu vermitteln ist, zumal auf der unzureichenden Grundlage eines fast 29 Jahre alten Bebauungsplans. Nur so ist zu erklären, dass das Genehmigungsverfahren in einer bisher für NRW einmaligen Nacht- und Nebelaktion an



Stadtwerke Düsseldorf. Heute hält der Atomstromkonzern Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) die Aktienmehrheit an dem einst in kommunaler Hand befindlichen Energie-Dienstleister.

Da die zur Versorgung Düsseldorfs notwendige Strommenge nicht komplett in Eigenanlagen produziert werden kann - zur Deckung fehlen etwa 150 MW an elektrischer Leistung - planen die Stadtwerke nun ein neues Kraftwerk.

Nach dem Motto „Zurück in die Zukunft“ wollen die EnBW-dominierten Stadtwerke aber weder etwas von Energiesparprogrammen, erneuerbaren Energien oder dezentralen Kraft-Wärme-gekoppelten Blockheizkraftwerken auf Gasbasis wissen, nein, ein 400 MW Kohlekraftwerk soll es sein. Dabei liegt der Anteil des aus erneuerbaren Energien produzierten Stadtwerke-Stroms derzeit bei kläglichen 1,6 %.

400 MW? Die dahinter stehende Absicht liegt auf der Hand: Zu Lasten des Klimas und der Düsseldorfer Bevölkerung, die über die zusätzlichen Feinstaub- und Schwermetallimmissionen weiteren gesundheitlichen Risiken ausgesetzt würde, will der Stromkonzern EnBW entgegen des eigentlichen Bedarfs seine Marktposition in dem von RWE und E.on dominierten Nordrhein-Westfalen ausbauen. Jetzt hat das Genehmigungsverfahren begonnen, das zudem ohne umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung durchgedrückt werden soll.

Rote Laterne beim Klimaschutz

Ebenso wie auch in Düsseldorf macht der BUND gegen alle geplanten neuen NRW-Kohlekraftwerke mobil. Denn würden diese Planungen realisiert, behielte unser Land die „rote Laterne“ beim Klimaschutz. Zurzeit entfallen 82 % der NRW-Stromerzeugung auf die Kohle. Der Anteil der Erneuerbaren Energien liegt unter 3 %. Geht es nach der Kohlelobby, soll sich daran auch zukünftig nichts ändern. Die Bürgerinnen und Bürger NRWs sind aufgerufen, diesen klimaschutzpolitischen Amoklauf gemeinsam mit dem BUND zu verhindern.

Claudia Baitinger / Dirk Jansen



Auch in Duisburg-Walsum droht ein Horrorszenario für die Anwohner.

F/M: Sonntag

Nicht ganz ohne Risiken

Biomassenutzung in NRW

Bundesweit werden umweltfreundliche Alternativen für die Strom- und Wärmeversorgung gesucht. Eine Möglichkeit mit großen Potenzialen ist die Nutzung von Biomasse. Deshalb wird auch in NRW an vielen Stellen über die Errichtung von neuen Biogas-Anlagen nachgedacht. Doch nicht überall wo „bio“ drauf steht, ist auch „bio“ drin.

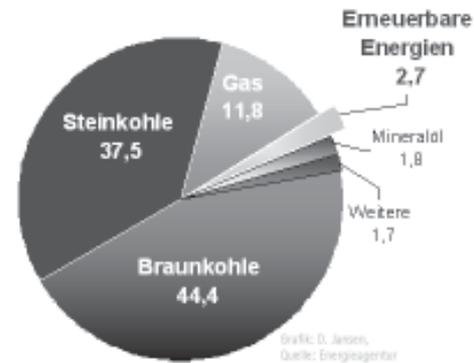
Grund genug für die BUND-Ortsgruppe Grevenbroich, eine Podiumsdiskussion zu diesem Thema zu veranstalten. Dazu wurden Vertreter der Energieagentur NRW, der Landwirtschaft und RWE Power als Bauherr einer neuen 700kw-Biomasse-Anlage in Neurath eingeladen. Thomas Leitl von RWE Power kündigte an, dass RWE sich zukünftig stärker mit Biomasse beschäftigen werde und weitere Kraftwerke plante. 5 – 10 weitere Biomasseanlagen im Städtedreieck Aachen-Mönchengladbach-Köln seien realistisch. Ein Tropfen auf dem „heißen Stein“, setzt RWE doch unverhohlen v.a. weiter auf den Klimakiller Braunkohle. Der RWE-Vertreter verblüffte die Zuhörer zudem mit der Aussage, in der Neurather Anlage werde die bei der Stromproduktion anfallende Wärme im 2.2000 MW-Braunkohlenkraftwerk Neurath zur Erwärmung des Duschwassers und zur Klimatisierung der Räume genutzt. Erst so werde eine Förderung nach dem Erneuerbaren Energien Gesetz möglich.

Friedrich Ostendorff vom BUND-Landesvorstand begrüßte im Grundsatz ebenso wie der örtliche Kreislandwirt den Trend zu Biogasanlagen, stellte aber anhand der BUNDposition Biomasse einige Problemfelder vor. Inakzeptabel sei für den BUND der Import von nachwachsenden Rohstoffen oder eine eventuelle Entwicklung von Monokulturen („Vermassung der Landschaft“). Auch müsse die Nahrungsmittelherstellung immer Vorrang vor der energetischen Nutzung haben. In punkto Klimaschutz müsste die Priorität bei der Energieeinsparung und Effizienzverbesserungen liegen. Anhand des grotesken RWE-Beispiels werde klar, dass im Hinblick auf die Wärmenutzung nur Anlagen mit vernünftigen Konzepten wirtschaftlich arbeiten könnten. Hierauf sollte der BUND zukünftig verstärkt achten und tragfähige Lösungen einfordern. Es dürfe keine Förderung für Anlagen geben, in denen nur pro forma Brauchwasser erhitzt wird und die restliche Wärme ungenutzt verpufft.

Insgesamt war die Grevenbroicher Ortsgruppe sehr zufrieden mit der Veranstaltung, die umfassend über das Thema Biomasse informierte und viele Fragen beantwortete.

Rolf Behrens

Stromerzeugung in NRW nach Energieträgern in %



Mehr Infos: Die BUNDposition BIOMASSE NUTZUNG IN NRW finden Sie als Download unter www.bund-nrw.de/energie.htm.

„Neun gute Jahre für den BUND“

Eine Würdigung

von Paul Kröfges

Ganz seiner Verantwortung für den Verband bewusst, hat Klaus Brunsmeier frühzeitig signalisiert, dass er auf der Landesdelegiertenversammlung 2007 nicht mehr als Vorsitzender für den BUND NRW kandidieren wird. Wir haben ihn nicht umstimmen können, sein Einwand war sinngemäß, dass „jede Mannschaft nach einer gewissen Zeit einen neuen Trainer braucht“. Eine sachliche Einschätzung, typisch für Klaus.

Klaus hat neun bewegte Jahre lang den Verband in vorbildlicher Weise und mit nahezu unendlicher Geduld geführt und geprägt. Obwohl in dieser Zeit ein konfliktreiches Thema nach dem anderen auf der Agenda unseres Umweltverbandes stand wie Garzweiler II, Castortransporte, FFH-Richtlinie, Gentechnik, Transrapid, Luftverkehr, Feinstaub, Abfallpolitik usw., hat Klaus stets Ruhe und Übersicht bewahrt. Auch den zahlreichen Konfliktfällen vor Ort wie Planungen und Bau von Straßen- und Gewerbegebieten, Müllverbrennungsanlagen und Kraftwerken oder Großveranstaltungen wie z.B. dem Weltjugendtag, oft mit Verbandsklagen und gerichtlichen Auseinandersetzungen verbunden, hat er sich gestellt und den BUNDlern vor Ort mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Bezeichnend für ihn, dass er in diesen neun Jahren so gut wie bei keiner Landesvorstandssitzung und bei keiner Sitzung des Kreisgruppenforums gefehlt hat. Auch bei der

Neun Jahre an der Spitze des BUND NRW: Klaus Brunsmeier

BUNDjugend deren Stärkung und Unterstützung ein Herzensanliegen von ihm ist, weiß man seine Präsenz und seinen Ratschlag zu schätzen.

Nicht ein einziges Mal gab sein gelassener und souveräner Führungsstil Anlass zu Streit oder heftigen Auseinandersetzungen, egal auf welcher Ebene. Oberstes Prinzip bei ihm war und ist Gesprächsbereitschaft, Zuhören, Argumente abwägen und das Erzielen eines vernünftigen, möglichst für alle tragbaren Ergebnisses.

Dabei ist Klaus äußerst konfliktfreudig und geht keiner Auseinandersetzung aus dem Weg, vor allem wenn es gegen die geht, die es verdient haben. Es ist nach wie vor ein Genuss, mit zu erleben, wie Klaus regelmäßig zur Hochform aufläuft und die Gegenseite argumentativ ins Schwitzen bringt, so aktuell in diversen Debatten zum Landschaftsgesetz mit den schwarzgelben Vertretern des Roll-backs beim Umweltschutz im Lande.

So kenne ich Klaus: Nach zwei, drei oder mehr Terminen, die er für den BUND, oft an einem Tag hintereinander absolvierte, durchaus etwas geschafft, aber lächelnd und bereit zum nächsten „Gefecht“. Ein

kurzes „den Strolchen werden wir es zeigen“ und weiter geht's.

Kämpferisch, argumentationsstark, aber auch humorvoll und gewitzt, so haben wir alle Klaus Brunsmeier in dieser Zeit erlebt. Hinzu kommt eine souveräne Problemanalyse und kluge Gesprächsführung, ruhiges und nachdenkliches Zuhören, immer bereit, Argumente des anderen aufzunehmen und daran orientiert, ein vernünftiges Ergebnis zu erzielen.

Kennzeichnend für Klaus ist, dass er immer die verschiedenen Ebenen eines Problems im Blick hat und diese sauber unterscheidet. Am Ende eines Gesprächs gibt es eine klare Zusammenfassung des Besprochenen, der erzielten Ergebnisse und der abgestimmten Aufgabenverteilung.

Mit diesen Eigenschaften hat Klaus den BUND in NRW in dieser langen und turbulenten Phase zusammengehalten, gestärkt und repräsentiert. Nicht einfach, diese gute Arbeit angemessen fortzuführen, aber tröstlich, dass Klaus uns im Vorstand und dem BUND insgesamt, auch auf anderen Ebenen, mit Rat und Tat erhalten bleibt.

Abschied in Düsseldorf: Klaus Brunsmeier (l.) übergibt das Amt des BUND-Landesvorsitzenden an Paul Kröfges.

Foto: D. Jansen



Klaus Brunsmeier, BUND-Landesvorsitzender
von 1998 bis 2007, blickt zurück:

Mitte des Jahres 1998 - die erste rot-grüne Koalition in NRW war gerade mal drei Jahre alt und auch im Bund wechselte die Regierung - begannen endlich erste zarte Pflänzchen einer neuen Politik z.B. im Bereich Erneuerbare Energien, dem ökologischen Landbau und einer zukunftsfähigen Mobilität zu gedeihen. Unverdrossen lenkten Kohleministerpräsident Clement und Autokanzler Schröder jedoch mit voller Kraft weiter in die falsche Richtung.

Nach der Landtagswahl im Jahre 2000 wurde es in NRW zunehmend schwieriger, die zarten Pflänzchen weiter wachsen zu lassen bzw. sie überhaupt am Leben zu erhalten. Mit der Landtagswahl im Jahre 2005 erfolgte dann ein Politikwechsel, der sie endgültig zerstörte. Als Beispiel sei die Ankündigung von CDU-Minister Wittke zur NRW-Erfolgsstory Windkraft genannt: „Das ist das erste, was wir kaputt machen werden...“.

Gegenläufig war und ist interessanterweise die Stimmung in der Bevölkerung. Begleitet von heftigen Medienkampagnen z.B. gegen den Feldhamster oder die Ökosteuer war Umweltschutz am Ende der rot-grünen Regierungszeiten angeblich nicht mehr „in“. Mit den politischen Wechsellagen in Düsseldorf und Berlin im Jahre 2005 ist das Interesse wieder deutlich gestiegen, bis es im Herbst 2006 mit dem Bericht des UN-Klimarats IPCC zum Klimawandel einen schier unglaublichen neuen Höchststand erreicht hat.

Der BUND NRW e.V. ist sich in all den Wechselbädern unterschiedlicher Regierungen immer treu geblieben. Engagiert, mit Fachwissen, unabhängig und unbequem fordern wir hartnäckig das ökologisch Notwendige ein. Unter dem Motto „Mahnen und Machen“ konnten wir viele Fehlentwicklungen vermeiden helfen und erzielten auch so manche Erfolge. So blieb dem Schutzgebiet der Hangeler Heide der Weltjugendtag erspart, wurde der Tatenhauser Wald vor der A 33 geschützt und der erste Nationalpark in NRW in der Eifel realisiert.



Im Jahre 1992 startete der BUND NRW eine Plakatserie mit dem Titel „Palmen in Bottrop? - Schade um Sylt!“. Damals belächelte Vision, die uns in der heutigen Klimadiskussion längst eingeholt hat. Daraus schöpfen wir den Mut, den wichtigen Widerstand gegen die unverantwortlichen Braunkohletagebaue oder gegen die vielen geplanten neuen Steinkohlekraftwerke, die das verhindern werden, was wir so dringend brauchen, unverdrossen fortzusetzen. Eine CO₂-Reduktion um 80 % bis zum Jahre 2050 und eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien ist unser Ziel.

Während Parteien, Kirchen und andere Verbände erhebliche Mitgliederverluste zu verzeichnen haben ist die Mitgliederzahl im BUND NRW von 1998 bis zum Jahre 2006 um über 10 % angestiegen. Wir haben unzählige Aktive in den Regional-, Kreis-, Orts- und Arbeitsgruppen, die Landesgeschäftsstelle ist gekennzeichnet von hoher Professionalität und Kontinuität (alle MitarbeiterInnen von 1998 sind auch heute noch dabei), wir haben eine quicklebende BUNDjugend und eine gesunde Finanzbasis.

Die Zukunft heißt „Öko“, so titelten die konservativen Zeitungen Anfang 2007, Umwelttechnologien als Außenhandelsmotor und erneuerbare Energien als Jobmotoren sind nur zwei Beispiele, wie richtig und wichtig BUND-Forderungen sind und waren.

Ich möchte mich bei allen Freunden der Erde, den Mitgliedern, den Aktiven und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich für ihr Engagement in den letzten fast 10 Jahren bedanken, auch für das große Vertrauen in mich und die vielen positiven Rückmeldungen. Im BUND bleibe ich natürlich weiterhin sehr gern aktiv, wenn auch demnächst an anderer Stelle und in anderer Funktion.

Ihr/euer

A handwritten signature in black ink that reads 'Klaus Brunsmeier'.



Neuer BUND-Landesvorstand gewählt: Auf der Landesdelegiertenversammlung am 29. April 2007 wurde der neue BUND-Landesvorstand gewählt. Es amtierten für die nächsten drei Jahre. (v.l.n.r. stehend): Prof. Dieter Schmalz, Christine Zechner, Friedrich Ostendorff (stellvert. Landesvorsitzender), Paul Kröfges (Vorsitzender), Milena Pendzich, Doris Eberhardt, Klaus Brunsmeier (Schatzmeister) sowie Wolfgang Deuster, Bernd Meier-Lammering (stellvert. Landesvorsitzender) und Horst Meister

Foto: D. Jansen



Weißstorchnester für den Rhein-Sieg-Kreis Mut zur Brut machen!

Die Zahl der Weißstörche in Deutschland wächst. Der Bestand der westziehenden Störche nahm gemäß des Storchenzensus' von 1995 bis 2005 sogar um 89% zu! Selbst in Gegenden, in denen die Art nicht historisch belegt ist, tauchen diese großen, eindrucksvollen Vögel vermehrt auf. So beobachtet die BUND-Kreisgruppe im Rhein-Sieg-Kreis nun schon im dritten Jahr, wie sich die Weißstörche an der Sieg, einem Nebenfluss des Rheines, immer öfters zeigen und monatelang die feuchten Niederungen von Sieg, Agger, Wahn- und Pleisbach zur Nahrungssuche nutzen.

Über ein Storchmeldebuch im Internet (www.bund-rsk.de) und telefonisch gibt die lokale Bevölkerung seit 2005 Sichtbeobachtungen von Störchen an den BUND weiter. Klassische Storchengebiete gehen dauerhaft durch Besiedlung und Trockenlegung verloren, weshalb sollten da die Störche nicht geeignete neue Regionen testen, zumal in Duisburg-Walsum und in Rheinland-Pfalz jeweils ca. 100 km entfernt von der Sieg weitere Brut- bzw. Brutversuche bekannt sind? Der Rhein-Sieg-Kreis liegt an der Rheinschiene somit genau zwischen diesen Gebieten.

Die Kreisgruppe wagt nun die Probe und hat kurzerhand im Winter 2006/2007 sieben Kunstnester aufgestellt, um den Störchen die Entscheidung zum Bleiben zu erleichtern - ein Wagnis ohne Risiko, da der Aufwand vergleichsweise gering und die Kosten überschaubar sind. Die private HIT-Umweltstiftung sowie die BUND NRW Naturschutzstiftung unterstützen diesen Testlauf, der, wenn er gelingt, für die weitere naturschutzfachliche Entwicklung der betroffenen Gewässerauen ganz enorme Folgen entfalten würde. Bisher gilt das Siegsystem nämlich vor allem als internationales Fischschutzgewässer.

Achim Baumgartner

Sieben Kunstnester im Rhein-Sieg-Kreis sollen den Weißstorch zum Brüten animieren. Hier stellt der BUND gerade den Masten in Much [Ingersauel] auf.

Fotos: pixelquelle.de, H. Fest



Storchen-Kontakt:
BUND Rhein-Sieg-Kreis,
Angelika Bornstein, Tel.:
02243-81975
A.Bornstein@gmx.de



Trotz Schneechaos freut sich die BUND-Ortsgruppe über das neue Grundstück.

Fotos: J. Kersting

Gülderling und Dülmener Rose 2 Hektar Land für den BUND

Im Dezember 2006 hat die Ortsgruppe Lüdinghausen des BUND eine knapp 2 ha großen Ausgleichsfläche in der Bauernschaft Aldenhövel als neuer Eigentümer übernommen. Obstbäume und Feuchtgrünland anstelle einer intensiv landwirtschaftlich genutzten Fläche prägen nun das Landschaftsbild und leisten einen wertvollen Beitrag zum Naturschutz.

Auf einer knapp 1 ha großen Ackerfläche und einer angrenzenden noch einmal rund 1 ha großen Weide sind zwischen Herbst 2005 und Winter 2006/2007 eine Blänke (ca. 2.300 m²), eine Obstwiese mit 30 Obstgehölzen, Eichengruppen und kleine Gehölzstreifen angelegt worden. Bei der Auswahl der Obstgehölze wurde auf regionaltypische, robuste Arten und Sorten zurückgegriffen. Gepflanzt wurden Obstgehölze wie Dülmener Rose, Westfälischer Gülderling, Jacob Lebel, Rote Sternrenette, Westfälische Glockenbirne, Gellerts Butternbirne, Mirabelle Nancy, Apfelquitte u. a. Ergänzt wird die Obstwiese durch eine Hecke mit fruchttragenden Sträuchern wie Mispel, Holunder, Schwarze Johannisbeere, Wilde Stachelbeere oder Hunds-Rose. Durch die Initiierung unterschiedlicher Landschaftselemente sollen die Vielfalt der Biotopstrukturen als Lebens-, Nahrungs- und Rückzugsraum für Pflanzen und Tiere erhöht, stark zurückgedrängte Streuobstwiesen neu angelegt sowie die Landschaft gegliedert und belebt werden.

Notwendig wurde die Bereitstellung der Ausgleichsfläche aufgrund der Errichtung von sechs Mobilfunkmasten durch die Deutsche Funkturm GmbH (Telekom-Tochter) im Kreis Coesfeld. Gemäß Landschaftsgesetz ist für die hervorgerufenen Eingriffe in Natur und Landschaft Ausgleich zu schaffen.

Nach Umsetzung der Maßnahmen durch eine ortsansässige Baumschule ist die Fläche an den BUND übergeben worden, der die langfristige Pflege übernimmt. Der Ortsgruppe Lüdinghausen steht nun eine weitere Fläche für Naturbeobachtungen zur Verfügung. Bereits im Herbst 2000 konnte in Kooperation von der Deutschen Telekom, einem Planungsbüro und der BUND-Ortsgruppe Lüdinghausen ein Grundstück mit dem Ziel Waldentwicklung bereitgestellt werden.

Ilse Evertz

Bausparkassen sollen Umbau und Modernisierung statt Neubau bewerben

Traumhaus im Grünen?

Mit einer elektronischen Postkarten-Aktion nimmt der BUND die Werbung der Bausparkassen aufs Korn. Diese sollten weniger den Neubau von unrealistischen Traumhäusern propagieren, als vielmehr die Aufmerksamkeit der Menschen auf den Umbau und die Modernisierung bestehender Häuser lenken. Hier liegen große Wohnbau- und Energiesparpotenziale. Die Gemeinden müssten durch baurechtliche Maßnahmen weitere Nutzungen in Reinen Wohngebieten und Hauserweiterungen ermöglichen. So würden weniger Fläche, weniger neue Infrastruktur und weniger Baumaterial für die Schaffung von Wohnraum verbraucht.

Die Bausparkassen verführen Verbraucher mit unerreichbaren Bildern von Traumhäusern zu Entscheidungen mit weit reichenden, häufig unbedachten Folgen. Einfamilienhäuser gelten zu unrecht als besonders familienfreundlich. Wer ins Einfamilienhaus zieht, braucht häufig einen Zweitwagen und muss für Einkauf und Freizeit lange Wege zurücklegen. Kinder und Heranwachsende betreiben heute viele Aktivitäten, für die sie ihre Mütter mit dem Auto in die Städte fahren müssen. Auch weiterbildende Schulen sind oft erst nach langer Fahrt mit Bus und Bahn zu erreichen. Das kostet unnötig Zeit und Geld.

Statt den Menschen falsche Träume vorzugaukeln, sollten die Bausparkassen die Möglichkeiten des Bestandes in den Mittelpunkt rücken. Dort steht mehr und mehr freier Wohnraum zur Verfügung. Dieser kann durch Umbau und Modernisierung an heutige Bedürfnisse und Energiestandards angepasst werden. Die Internet-Seite www.umbau.nrw.de zeigt viele vorbildliche Beispiele.

Die Städte und Gemeinden könnten durch höhere Nutzungsmaße und Zulassung weiterer Nutzungen in reinen Wohngebieten Umbau, Ausbau und Modernisierungen sowie wohnungsnaher Arbeits- und Betreuungsmöglichkeiten fördern. In bereits dicht bebauten Stadtquartieren sollten sie durch Verkehrsberuhigung und Begrünung die Luftqualität verbessern, die Lärmbelastung vermindern und grüne Freiräume anbieten. Genau dies sind Qualitäten, weswegen viele Menschen „aufs Land“ ziehen.

Der Flächenverbrauch durch neue Wohngebiete ist höher als man glaubt: NRW verbraucht pro Minute 100 Quadratmeter Fläche. Neue Wohngebiete an Stadt- und Dorfrändern verursachen gut 40 % davon. Flächenverbrauch ist eine zentrale Ursache des Artensterbens und mitverantwortlich für das klimaschädliche Verkehrswachstum.

Stephan Günthner



Weitere Informationen, die elektronische Postkarte und DIN A3-Plakate zur Aktion können Sie bei Stephan Günthner 0211 / 302 005-28 stephan.guenthner@bund.net oder unter www.freiraumschutz-nrw.de erhalten.

Für ihr lang-jähriges ehrenamtliches Engagement im Natur- und Umweltschutz in der BUND-Kreisgruppe Düsseldorf hat



Lilo Hebler die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland bekommen. Oberbürgermeister Joachim Erwin würdigte bei der Verleihung die vielen von Lilo Hebler initiierten Projekte sowie den großen zeitlichen und persönlichen Einsatz, mit dem sie die Kreisgruppe aufbaute und über mehr als 20 Jahre leitete. Foto: J. Behrmann

Koordinierungsstelle feiert

25 Jahre Landesbüro

Das Landesbüro wird in diesem Jahr ein Vierteljahrhundert jung. Kurz nach ihrer gesetzlichen Anerkennung gründeten BUND, LNU und NABU 1982 eine gemeinsame Koordinierungsstelle für die Betreuung beteiligungspflichtiger Verfahren. Seitdem wurden rund 30.000 Verfahren bearbeitet, jährlich kommen 1.500 neu dazu. Als Institution hat sich das Landesbüro bewährt: Die engagierten NaturschützerInnen erhalten wertvolle organisatorische und inhaltliche Hilfestellung, den Behörden wird die gesetzliche Verpflichtung zur Verbandsbeteiligung erheblich erleichtert: Planungen werden dadurch letztendlich verbessert und rechtssicher.

25 Jahre guter Arbeit liegen hinter uns – was bringt die Zukunft? Auch wenn dem Naturschutz aktuell der Wind ins Gesicht bläst, in Form von Mittelkürzungen

und gravierenden Einschnitten durch die bevorstehende Landschaftsgesetznovelle, so wird auch in Zukunft niemand auf das Landesbüro verzichten können. Neue Herausforderungen wie die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, neue Beteiligungs- und Klagerechte im technischen Umweltschutz warten. Auch die bisherigen Koordinierungsaufgaben und Fortbildungen für Ehrenamtliche werden in den nächsten Jahren weiter notwendig sein.

Nähere Informationen und Anmeldungen beim Landesbüro: Ripshorster Str. 306, 46117 Oberhausen, tel. 0208/88059-0, lb.naturschutz@t-online.de, www.lb-naturschutz-nrw.de

Ein Grund zum Feiern auf jeden Fall: Am Sonntag, den 12. August 2007, lädt das Landesbüro alle interessierten NaturschützerInnen zu einer Jubiläumsfeier in das Haus Ripshorst in Oberhausen ein. Ab 11 Uhr wird das Silberjubiläum gefeiert, mit Vorträgen, Führungen und gemütlichem Beisammensein.

Sabine Hänel, Thomas Hövelmann, Stephanie Rebsch

Unstrittener Mülltourismus nach NRW

Giftige Fracht aus „Down Under“

Der Import von 11.000 Tonnen Hexachlorbenzolhaltigen Giftmülls aus Australien sorgt hierzulande für Aufregung. Der BUND macht gegen diese ökologisch bedenkliche Form des Mülltourismus mobil und hat Umweltminister Uhlenberg aufgefordert, sein Veto gegen den Abfallimport einzulegen. Nordrhein-Westfalen gilt schon längst als das „Müllorado“ Deutschlands: Jährlich mehr als 2 Millionen Tonnen Abfall, darunter etwa 600.000 Tonnen Sondermüll aus Ländern wie Brunei, Kolumbien und Mexiko, importieren die hiesigen Entsorgungsfirmen.

Das australische Chemieunternehmen Orica will insgesamt 22.000 Tonnen des mit dem hochgiftigen Hexachlorbenzol (HCB) kontaminierten Sondermülls per Schiff über eine Entfernung von 16.000 km nach Deutschland bringen lassen. 11.000 Tonnen sollen in der Sondermüllverbrennungsanlage des RZR in Hertener sowie den Bayer-Müllöfen in Leverkusen

und Dormagen entsorgt werden. HCB gehört zum „Dreckigen Dutzend“ der gefährlichsten Chemiegifte und ist durch die Stockholmer Konvention weltweit geächtet.

Aufgeschreckt durch die australische Umweltorganisation *National Toxics Network* startete der BUND gemeinsam mit der *Coordination gegen Bayer-Gefahren* und der *Initiative Pro Hertener* eine breit angelegte Kampagne gegen den Sondermüllimport. Die BUND-Abfallexpertin Claudia Baitinger befürchtet neben den Risiken eines Transports um die halbe Welt auch die Umweltfolgen durch die hiesige Verbrennung. Denn anders als von den Entsorgern behauptet, erfolge die Verbrennung zumindest in der Hertener Anlage keineswegs schadlos. „Wir bezweifeln, ob das RZR Hertener sich für die Verbrennung großer Mengen hoch chlorhaltiger Abfälle eignet. Die Industriemüll-Linie des RZR will den Giftmüll bei einer Temperatur von 900°C verbrennen, obwohl 1.200°C laut des bislang gültigen Genehmigungsbescheides vorgeschrieben sind.“ Die Betreiber berufen sich dabei auf eine Ausnahme genehmigung, die allerdings restriktive Vorgaben bezüglich des maximal zulässigen Gehalts an Giftstoffen macht. Angeblich, so die Entsorger, gelte die Einschränkung zwar für polychlorierte Biphenyle (PCBs), nicht jedoch für andere chlorhaltige Abfälle. Eine Position, die für Claudia Baitinger inakzeptabel ist. Zusätzliche Emissionen von Dioxinen und Furanen seien so unausweichlich.

Wegen der unkalkulierbaren Gefahren durch die giftige Fracht aus „Down Under“ hat der BUND Umweltminister Eckhard Uhlenberg aufgefordert, sein Veto gegen Import und Verbrennung einzulegen. 11.000 Protest-Unterschriften wurden dem Umweltminister übergeben. Auch Uhlenberg sprach sich gegen den Müllimport aus, behauptet aber, über keinen Ermessensspielraum zur Versagung der Genehmigung zu verfügen. BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen hat daraufhin die Europäische Kommission um eine Stellungnahme gebeten. Die Antwort der Generaldirektion Umwelt ist eindeutig: Das Umweltministerium hätte durchaus einen „signifikanten Beurteilungsspielraum“. Ihm stehe ein Ermessensspielraum zu und es entscheide letztlich, ob die Abfallverbringung verweigert werde.

Für den BUND ist nicht nachvollziehbar, warum Uhlenberg keinen Gebrauch von diesem Ermessensspielraum macht, zumal Australien entgegen erster Behauptungen über eigene Entsorgungsmöglichkeiten verfügt. Was bleibt, ist der Eindruck, dass wieder einmal geldgierige Entsorger zu Lasten von Mensch und Umwelt ein gutes Geschäft wittern. Für Mitte Mai wird eine Entscheidung über den Gifttransport erwartet. (dj)

Mehr Infos zum HCB-Müll: www.bund-nrw.de



BUND-Abfallexpertin Claudia Baitinger bei der Übergabe von 11.000 Protest-Unterschriften an Umweltminister Eckhard Uhlenberg. Foto: pro-herten.de

taminierten Sondermülls per Schiff über eine Entfernung von 16.000 km nach Deutschland bringen lassen. 11.000 Tonnen sollen in der Sondermüllverbrennungsanlage des RZR in Hertener sowie den Bayer-Müllöfen in Leverkusen